



REPUBLIK ÖSTERREICH  
DER BUNDESMINISTER FÜR  
ÖFFENTLICHE WIRTSCHAFT UND VERKEHR  
DIPL.-ING. DR. RUDOLF STREICHER

II-11219 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

A-1030 Wien, Radetzkystraße 2  
Tel. (0222) 711 62-9100  
Teletex (232) 3221155  
Telex 61 3221155  
Telefax (0222) 73 78 76  
DVR: 009 02 04

Pr.Zl. 5905/21-4-90

5221/AB

1990 -05- 23

zu 5238/J

ANFRAGEBEANTWORTUNG

betreffend die schriftliche Anfrage der  
Abg. Mag. Haupt und Kollegen vom 21. März 1990,  
Nr. 5238/J-NR/1990, "Lärmschutzmaßnahmen im  
Bereich Molzbichl"

Zu Ihren Fragen

"Wurden im angesprochenen Bereich Lärmmessungen vorgenommen?"

"Wenn ja, wann und welches Ergebnis brachten sie?"

"Werden Sie gemeinsam mit dem Wirtschaftsminister ein Konzept vorbereiten, mit dem solche Lärmentwicklungen vermieden werden können?"

darf ich wie folgt Stellung nehmen:

Die Österreichischen Bundesbahnen sind grundsätzlich bemüht, den Verkehrslärm sowohl durch Maßnahmen im Bereich des Fahrzeuges als auch durch Verbesserungen bei den Fahrzeugen zu verringern.

Im konkreten Fall darf davon ausgegangen werden, daß im Zuge der Umweltverträglichkeitsprüfung eines neuen Autobahnprojektes integrativ sämtliche Einflußfaktoren Berücksichtigung fanden. Für eine Lösung der gegenständlichen Problematik im Bereich Molzbichl ist - dem Verursacherprinzip entsprechend - in erster Linie die Autobahnverwaltung zuständig. Es läge

- 2 -

daher an der Bundesstraßenverwaltung, im Falle der Realisierung von Lärmschutzmaßnahmen an die ÖBB heranzutreten und die angesprochene integrative Behandlung der Angelegenheit in die Wege zu leiten.

Wien, am 17. Mai 1990

Der Bundesminister

